

**„Bürgerschaftliche Mitverantwortung als Herausforderung an die  
Politik; Chancen und Grenzen eines neuen Konzepts“**

**Rede**

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,  
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,**

**anlässlich**

**der Konferenz „Was Bürger können.  
Bürgerschaftliche Mitverantwortung bei  
Planungs- und Entscheidungsprozessen“**

**am 7. Februar 2012**

**in Berlin**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## Anrede

Wer politisch aktiv ist, wird mir zustimmen: In der Politik hält man sich nur, wenn man viel bei den Bürgern ist. Wer einen Wahlkreis hat, der weiß, wie sehr Politik von der Kommunikation mit den vielen Gruppen vor Ort lebt, die sich entschieden haben, zu gestalten, die sich entschieden haben, selbstbewusst einzugreifen in die Entwicklungsgeschichten vor Ort. Die zentrale Frage ist: Was hat sich im Verhalten, in der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger verändert, so dass das Instrumentarium politischer Arbeit erweitert wird? Das Selbstverständnis von Politik muss verbunden sein mit der berechtigten und hochinteressanten Frage nach neuen Formen der Partizipation.

Im Moment führt Politik auf allen Ebenen einen Zukunftsdialog. Ausgangspunkt ist letztlich nicht so sehr die Frage: Muss Partizipation irgendwie verändert oder erhöht werden? Es geht vor allen Dingen um die Feststellung, dass Veränderung mit einer Schnelligkeit geschieht, die auch neue Wege der Kommunikation und der Partizipation notwendig macht.

Henry Ford wird folgendes Zitat zugeschrieben: „Wenn ich die Menschen gefragt hätte, was sie wollen, hätten sie gesagt schnellere Pferde.“ Bekanntlich hat Henry Ford Autos gebaut und zwar sehr erfolgreich. Das Zitat zeigt etwas, was auch zu neuen Formen der Partizipation gehört: die Fähigkeit, bislang politisch nicht Bekanntes und nicht Realisiertes so in Kommunikationsprozesse einzubringen, dass eine Vorstellung von dem entsteht, was möglich sein könnte. Es darf nicht nur um eine Fortschreibung dessen gehen, was allseits bekannt ist.

Das sage ich jetzt vor allen Dingen als Forschungsministerin, weil zur öffentlichen Debatte in Deutschland auch Debatten über Innovation gehören. Das sind keine Debatten mit großer Euphorie, sie sind in der Regel kritisch, in ihnen geht es vor allem um Risiken.

Beispiel: „Stuttgart 21“. Ich habe damals beim Beschluss im Kabinett gegessen. Es galt als großes Projekt, das diese Stadt eben nicht weiter entwickelt in dem bisher bekannten Selbstverständnis der Stadt, sondern gleichsam einen ganz neuen Punkt setzt und von diesem Punkt aus in der Stadt eine neue Stadt entstehen lässt. Der Bahnhof ist der Ausgangspunkt für etwas ganz Neues. Und die Art, wie wir die damit verbundene Fläche nutzen werden, wird ganz anders als bisher sein. Wir wollten neue Erkenntnisse, neue Möglichkeiten einbringen. Ich habe immer gesagt: Es geht nicht um „Stuttgart 21“, sondern um Stuttgart, die Landeshauptstadt im Jahre 2030. Hätte man das dann tatsächlich über die Jahre öffentlich ausführlich dargelegt, hätte es möglicherweise eine begeisterte Bürgerschaft für die Frage gegeben: Wie kann eine Stadt in der Stadt entstehen? Wie stellen wir uns Stuttgart 2030 vor?

Diese Verbindung von zukunftsrelevanten Entscheidungen, die in vielen Bereichen notwendig sind und vom Bisherigen abweichen, das beschäftigt uns im Moment am meisten. Die Energiewende ist ein Beispiel. Der Energiemix konzentriert sich auf die Erneuerbaren Energien. Über das Thema Energieeffizienz sind zahlreiche Reden gehalten worden, aber häufig nicht mit den damit verbundenen Konsequenzen, die einen anderen und intelligenteren Umgang mit Energie ermöglichen.

Jetzt geht es darum, diesen neuen Punkt für eine neue Situation nicht nur zu setzen, es geht nicht nur um ein erstes Kapitel eines Buches, es geht darum, daraus die große Erzählung zu machen, eine gemeinsame Erzählung. Ich freue mich sehr, dass so eine Tagung wie diese stattfindet. Denn bislang sind Erzählungen nicht gemeinsam geschrieben worden, bislang hat jeder seine je eigene Erzählung erzählt.

Ich möchte an dieser Stelle einen Blick auf Baden-Württemberg werfen. In diesem Land sind 41 Prozent der Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich über die Jahre hinweg ehrenamtlich engagiert. Wenn man sich die Sozialstrukturen vor allem in den ländlichen, aber auch in den städtischen Räumen ansieht, dann wird deutlich, dass dieser große Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich regelmäßig und kontinuierlich über die Jahre hin ehrenamtlich engagiert haben, nie nur relevant gewesen ist für politische Entscheidungsprozesse, sondern immer auch relevant war für das Sozialgefüge einer Gemeinde, für Selbstbewusstsein und Mentalität, für die Frage nach den Quellen des sozialen und auch kulturellen Zusammenhalts. Ich spitze es zu und sage: Bürgerinnen und Bürger in diesen Gemeinden, die über die Jahre ehrenamtlich oder – mit dem modernen Begriff gesprochen – bürgerschaftlich engagiert sind, an denen kommt die Politik in der Regel gar nicht vorbei.

Eine Partei schaut sich immer im Sozialgefüge einer Gemeinde um, wenn sie Gemeinderäte sucht. Sie weiß: Am erfolgversprechendsten ist die unmittelbare Beziehung zwischen dem politischen Bereich und denen, die ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagiert sind. Interessant für mich ist, dass beispielsweise der Anteil des Vertrauens in einen Bürgermeister ungleich höher ist als in den Gemeinderat. Man sollte jedoch bedenken: Der Bürgermeister macht ohne den Gemeinderat nichts. Partizipation heißt in jedem Fall auch: Gestaltungsgremien wie den Gemeinderat als Machtfaktoren ernst nehmen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Erweiterung politischer Instrumentarien. Derzeit liegt diesbezüglich überall etwas in der Luft. Es wird kein Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl und Landtagswahl geben, in denen beispielsweise nicht der Bürger-TÜV, Bürgerforen und die Bürgerdialoge in irgendeiner Weise vorkommen. Um noch einmal das Bild der Erzählung aufzugreifen: Es muss stärker versucht werden, Erzählungen als gemeinsame Erzählungen zu schreiben. Das ist ungewöhnlich schwer in Gesellschaften,

die individualisiert sind. Denn das ist der Unterschied zu dem, was ich eben über die ehrenamtliche Kultur gesagt habe. Sie spielt sich in Gruppen ab.

In Großstädten finden junge Leute allerdings vielfach nicht mehr als erstes den Weg in eine solche Gruppe. Im ländlichen Raum sieht dies oftmals anders aus. Hier sind die Gruppen nach wie vor für einen großen Teil der jungen Leute die erste Anlaufstelle – ganz besonders im kulturellen Bereich. Da gibt es eine Menge erfolgreicher Nachwuchsarbeit, aus der sich auch politisches Interesse entwickeln lässt. Es bleibt nämlich nicht bei der gemeinsamen Tätigkeit. Es entwickelt sich dadurch eine soziale Kultur, verbunden mit Präsenz in der Gemeinde und eben auch mit Mitsprache, weil in einer solchen Gemeinde – das gilt auch noch für mittelgroße Städte – keine Entscheidungen getroffen werden, ohne zu berücksichtigen, wie in diesen engagierten Gruppen tatsächlich gedacht wird, welche Prioritäten dort gesetzt werden.

Was hat sich verändert und warum erweitern wir unser Instrumentarium? Weil die Zahl derjenigen, die sich engagieren, nicht ausreicht und weil wir wissen, dass große Unterschiede in den Generationen festzustellen sind. Das heißt: Eine junge Generation findet zunehmend andere Wege der Kommunikation und Meinungsbildung. Die Art, wie in Internet und virtueller Welt kommuniziert wird, die Art der Meinungsbildung, ist eine gänzlich andere, als das in den bisherigen realen politischen Welten der bürgerschaftlichen Partizipation der Fall ist. Auf allen politischen Ebenen hat „die Kunst des Politischen“ an Bedeutung gewonnen.

Die Zahl der politischen Entscheidungen, bei denen der Rückgriff auf frühere Entscheidungssituationen möglich ist, wird geringer. Es gibt zunehmend politische Entscheidungen, für die es kein Vorbild gibt. Das, was wir gerade in Europa diskutieren, ist ein klassisches Beispiel. Es fallen einem aber auch viele andere Entscheidungsebenen ein bis hinunter zur Kommunalpolitik. Sie halte ich übrigens für das Fundament der politischen Kultur. Nirgends gibt es so viel Wissen über Partizipation wie in der Kommunalpolitik. Nirgends wird die Einschränkung des Entscheidungsspielraums – etwa durch europäische Vorgaben – so heftig diskutiert und so hinderlich empfunden wie auf der kommunalen Ebene. Nirgends ist das Selbstbewusstsein so ausgeprägt wie auf der kommunalen Ebene. Und deshalb glaube ich, dass die Ebene der Kommunalpolitik letztlich auch die Ebene sein wird, von der wir in den BMBF-Bürgerdialogen und in dem großen Zukunftsdialog, den dieses Land und Europa insgesamt leisten muss, am meisten profitieren werden.

Jede politische Ebene darüber ist an diesem Zukunftsdialog beteiligt. Jeder Ebene über der kommunalen Ebene fehlt aber die Unmittelbarkeit des politischen Gestaltens, wie dies aus Städten und Gemeinden bekannt ist. In den Städten und Gemeinden ist die Verbindung

zwischen der repräsentativen Demokratie und dem Sozialgefüge der Bürgergesellschaft vor Ort eingeübt.

Zukunftsdialog in den großen Fragen der Zeit muss verbunden sein mit der Fähigkeit, etwas wirklich Neues entstehen zu lassen. Vieles davon hat zu tun mit Ergebnissen, neuen Möglichkeiten, die über Wissenschaft und Forschung eröffnet werden. Deshalb war das Forschungsministerium auch dasjenige Ministerium, das innerhalb der Bundesregierung früh gesagt hat: Auch eine Entscheidung wie die Energiewende ist der Beginn eines neuen Prozesses. Es ist ein Punkt, der gesetzt wird, aus dem sich eine andere Art von Prozess ergibt. Aber man spürt es schon jetzt, dass die Öffentlichkeit deutlich sagt: Wir wollen jetzt auch schon sehr genau wissen, wie dieser Prozess in den nächsten Jahren verläuft, was wann geplant ist und mit welcher Konsequenz. Das Thema Energie ist in einer Weise öffentlich diskutiert worden, wie wir das vorher nicht kannten.

Bürgerdialoge sind parteipolitische Auseinandersetzungen auf andere Art. Es ist weniger die ideologische Auseinandersetzung, die die Bürgerinnen und Bürger interessiert, als vielmehr die Auseinandersetzung über eine pragmatische Lösung. Das wird nahezu in allen Umfragen deutlich. Das verändert den politischen Stil. Das verändert die politische Debatte. Manche führt es auch dazu, zu sagen: „Der politischen Debatte fehlt etwas. Es fehlt der Biss in der Auseinandersetzung, wie es in einem Parlament in früheren Zeiten der Fall war.“ Viele bewegen sich heutzutage auf der rhetorischen Ebene der Problemlösung. Das ist für die, die aus einer bestimmten politischen Tradition kommen, schwer zu verkraften. Das führt auch in allen Parteien zu den üblichen Debatten, die Sie alle kennen. Aber im Verhältnis zwischen der politischen Kultur und der Bürgerschaft ist das eine durchaus positiv empfundene Veränderung, jedenfalls bei einem Teil der Bürgerinnen und Bürger.

Bei den Partizipationsprozessen muss es uns gelingen, Bildungsvoraussetzungen zu schaffen, die neugierig machen auf Partizipation und Zugänge zu Partizipation ermöglichen. Meiner Erfahrung zufolge geht es dabei vor allen Dingen um das Selbstbewusstsein, tatsächlich mitwirken zu können. Gute Voraussetzungen im Bereich der Bildung erhöhen das Interesse, erhöhen das Selbstbewusstsein zu Partizipation.

Wir müssen die Erfahrungen mit bisherigen Arten der Kommunikation berücksichtigen. Es gibt große regionale Unterschiede, was politische Partizipation und was die Erfahrung mit Gestaltungsmöglichkeiten angeht.

Unsere BMBF-Bürgerdialoge machen deutlich, was in den unterschiedlichen Generationen und in den verschiedenen Regionen gedacht wird. Ich bin davon überzeugt, dass dieser neue Weg auch eine Möglichkeit sein wird, wie politisches Personal rekrutiert wird. Denn alle Parteien führen heftige Debatten über die Frage: Wer stößt eigentlich neu zu uns? Woher

sind in den vergangenen 20, 30 Jahren diejenigen gekommen, die Mandate und Aufträge übernommen haben, die sich dem Bürger zur Wahl gestellt haben? Der Bürgermeister ist Umfragen zufolge sehr beliebt, aber es ist schwer, einen zu finden. Die Zahl der Kandidaten für kommunale Spitzenämter ist kontinuierlich zurückgegangen.

Neue Formen der Partizipation sind nicht nur relevant im Blick auf wichtige Themen in der Gesellschaft, sondern Partizipation ist auch nach meiner festen Überzeugung ein wesentlicher Weg, zu einem neuen Interesse an der politischen Arbeit, am Mandat, an der Verantwortungsposition, denn alle Partizipation endet im Leeren, wenn es nicht Menschen gibt, die durch die Übernahme von Spitzenämtern auch bereit sind, das, was sich an neuem Wissen, neuer Erkenntnis, neuen Erwartungen an Politik artikuliert, auch tatsächlich in politische Entscheidungen umsetzen.

In diesem Sinne herzlichen Dank an die Stiftungen. Es gibt einen Stiftungsboom – auch das gehört zum Thema Partizipation. Und es gibt viele Stiftungen, die sagen: Wir wollen nicht mehr nur einfach dieses oder jenes Projekt machen, hier ein bisschen Geld und da ein bisschen Geld geben, sondern es gibt immer mehr Stiftungen, die sagen: Wir wollen uns beteiligen, wir wollen genau solche Prozesse der Partizipation aktiv gestalten, in denen das Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gestärkt wird. Das entspricht zutiefst dem, was auch die Intension von Stiftungen ist.

Und so kann man dann das Wort von Henry Ford abwandeln und sagen: Das mit den schnelleren Pferden und den Autos geht nur dem so, der sich ein bisschen schwer damit tut, einen wirklich neuen Punkt gegen alle Kontinuität zu setzen.

Ich danke Ihnen sehr und ich wünsche den Stiftungen und den vielen, die sich daran beteiligen, dass sie denen, die jetzt unmittelbar politische Verantwortung tragen, damit auch zu einem Übergang in ein neues Verständnis politischer Kultur helfen.

Vielen Dank.